

Entwicklung einer kohärenten eGovernment-Strategie für die Dienstleistungen der Kreisverwaltung Euskirchen
hier: Antrag der SPD-Fraktion

Der Antrag der SPD stimmt mit der Strategie und den Zielen der Verwaltung zum eGovernment überein.

Bereits seit 2003 betreibt der Kreis eGovernment als festes Instrumentarium der Verwaltungsmodernisierung. Das eGovernment - Konzept der Kreisverwaltung befindet sich - entsprechend der IT-technischen Möglichkeiten - in der laufenden Fortentwicklung.

Auf dieser Grundlage wurden z.B. bisher umgesetzt:

- EDMOND - online Medienverleih für Schulen im Kreismedienzentrum
- Digitale Bauakte: Sachstands Auskunft
- Bürgerinformationssystem mit Informationen über zuständige Ansprechpartner, Öffnungszeiten, erforderliche Unterlagen und Kosten/Gebühren der Dienstleistung
- Kfz-Händlerkomponente zur online An-, Ab-, Ummeldung,
- online-Reservierung von Wunschkennzeichen, online-Beantragung Feinstaubplakette
- online VHS-Kursbuchungen
- elektronisches Vergabeportal
- online-Anbindung an die Bundesdruckerei für den Druck von Führerscheinen; automatische SMS-Nachricht an Empfänger, sobald Führerschein ausgestellt wurde
- vollständige online-Abwicklung von Großraum- und Schwertransporten

Den Vergleich mit anderen öffentlichen Verwaltungen braucht der Kreis Euskirchen nicht zu scheuen.

Aktuell in Planung ist der Aufbau eines Bürgerportals, in dem Bürgerinnen und Bürger ggf. mit Hilfe des neuen Personalausweises medienbruchfrei und gegen elektronische Bezahlung Auskünfte erhalten und Dienstleistungen beantragen können, beginnend mit Aufenthaltsgenehmigungen und Auskünften aus dem Liegenschaftskataster. Weitere Funktionalitäten sollen folgen.

- online-Termine in verschiedenen Arbeitsbereichen
- Ausbau online-Formulardienste
- online Bewerbung für Auszubildende
- mit dem Bund gemeinsam: online-Abwicklung des KFZ - Zulassungswesens

Bei der Fortentwicklung des eGovernment handelt die Kreisverwaltung nach folgenden Handlungsgrundsätzen:

- Beurteilung möglicher Anwendungen immer vor dem Hintergrund einer Kosten-Nutzen-Analyse (da neben der Optimierung der Arbeitsprozesse und Verbesserung des Bürgerservices häufig sehr kostenintensive Informationstechnologien bzw. Schnittstellen zu Fachverfahren implementiert werden müssen)

- Umsetzung von eGovernment - Lösungen vorzugsweise in Kooperation mit starken Partnern, z. B. der KDVZ , anderen Kommunen, dem Land oder dem Bund (z. Zt. arbeitet die KDVZ in Kooperation mit anderen kommunalen Rechenzentren in einem Projekt "Auswahl eines Bürger-Portals" daran, unter bereits erprobten Portal-Lösungen die Beste zu finden und gemeinsam kostengünstig umzusetzen)
- Auswahl von Systemen und Anwendungen, die für die Bürger eine möglichst niedrige Hemmschwelle und niedrige Kosten bedeuten sowie einfach zu händeln sind; die Weiterentwicklung steht in einem schlüssigen Zusammenhang

Im Blick auf vorhandene Ressourcen geschieht der Umsetzungsprozess sukzessive und schließt die Bewertung jeweils neuer technischer Möglichkeiten immer mit ein.

Auch die Verwaltung sieht das online-Dienstleistungsangebot als zusätzlichen Bürgerservice, der neben der kompetenten Beratung durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern steht.

Die Verwaltung empfiehlt, den im SPD-Antrag A 43/2014 formulierten Beschlussentwurf wie folgt anzupassen:

Der bisherige eGovernment - Prozess der Kreisverwaltung wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung wird beauftragt, die Entwicklung der kohärenten eGovernment - Strategie für die Dienstleistungen der Kreisverwaltung fortzusetzen und dabei die in der Z2/A43/2014 beschriebenen Handlungsgrundsätze zu beachten.

gez. Rosenke